



ASIEN/HEILIGES LAND - Bischof Shomali: Zustimmung der Kirche zum Verlauf der Mauer im Cremisan-Tal vor Gericht dementiert

Jerusalem (Fidesdienst) – „Die Anwälte der israelischen Armee behaupten, dass die Kirche dem Verlauf der Mauer im Cremisan-Tal zugestimmt habe. Doch dieses Argument, das im Mittelpunkt ihrer Verteidigungsrede stand, wurde an der Wurzel dementiert: es gab nie eine offizielle oder inoffizielle Zustimmung seitens der Salesianer von Don Bosco oder des Vatikan“, so Bischof William Shomali, Vikar des lateinischen Patriarchats Jerusalem zum Fidesdienst zur Gerichtsverhandlungen, die gestern in Tel Aviv stattfand, bei der es um einen Rechtsstreit zwischen palästinensischen christlichen Familien und katholischen Ordensschwestern mit der israelischen Armee im Hinblick auf den Verlauf eine Trennwalls in der Region um Bethlehem geht. An der Verhandlung, bei der auch der Bischof zusammen mit Priestern seines Patriarchats anwesend war, hatten die Anwälte ein letztes Mal die jeweiligen Argumente für drei Richterinnen des Berufungsgerichts in Tel Aviv erläutert. Die Anwälte der insgesamt 58 palästinensischen Familien und der Ordensschwestern der Salesianer von Don Bosco, die im Tal eine Schule leiten, konnten anhand von Karten und topographischen Dokumenten zeigen, dass der von der Armee geplante Mauerverlauf ihren Mandanten großen Schaden zufügt und schlugen einen alternativen Verlauf in der Nähe der 1967 festgelegten Grenze zwischen Israel und dem Westjordanland vor. „Die Richterinnen“, so Bischof Shomali, „hörten mit großem Interesse zu“. Die Vertreter der israelischen Armee erklärten, es gehe um Gründe der nationalen Sicherheit, und erinnerten an eine angebliche früher Zustimmung aus kirchlichen Kreisen. Dies wurde jedoch von den Anwälten der Gegenseite entschieden dementiert. Bei der Anhörung waren auch diplomatische Vertreter aus Frankreich, Deutschland, Norwegen und der Vereinten Nationen anwesend. „Nun“, so Bischof Shomali, „warten wir auf das Urteil. Wir beten dafür, dass die Schwestern und die christlichen Familien, die Gefahr laufen, dass sie ihr Ackerland verlieren, Gerechtigkeit erfahren“. Sollte das Berufungsurteil den Antrag ablehnen, soll ein neuer Antrag beim Obersten Gericht gestellt werden. (GV) (Fidesdienst, 13/02/2013)